



Resolution zum doppelten Abiturjahrgang 2013

Begründung

Wir halten es für dringend erforderlich, bereits heute auf Lösungen für die Probleme zu drängen, die sich aus der Schulzeitverkürzung und den daraus resultierenden doppelten Abiturientenjahrgängen in fast allen Bundesländern ergeben. Die steigende Zahl an Abiturienten ist eine einmalige Chance für Deutschland, wenn es den Verantwortlichen von Politik, Hochschule und Wirtschaft gelingt, diese Herausforderung für das Hochschul- und Ausbildungssystem zu meistern. Dies heißt vor allem, entsprechend der steigenden Nachfrage Ausbildungs- und Studienplätze bereitzustellen.

Ausgangssituation

Gegenwärtig studieren rund 2 Mio. junge Menschen in Deutschland. Infolge der demographischen Entwicklung und der Verkürzung der gymnasialen Schulzeit steigt die Zahl bundesweit bis 2014 auf bis zu 2,67 Mio. Studenten an.

Für NRW bedeutet dies konkret, dass nach der Berechnung der KMK die Zahl von 105.100 Studienberechtigten im Jahr 2007 auf 146.000 Studienberechtigten im Jahr 2013 steigt, wenn zwei Schülerjahrgänge das Gymnasium verlassen. Abhängig von der unterstellten Übergangsquote werden unterschiedliche Zahlen von Studienanfängern und Studentenzahlen für die Hochschulen ausgewiesen. Nach der Prognose des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) ist zu erwarten, dass 2014 insgesamt etwa 40.000 Studierende an den Hochschulen des Landes zusätzlich eingeschrieben sein werden. Die Spitze der Abiturientenflut wird im Jahr 2013 erreicht, wenn voraussichtlich etwa 14.000 Studienanfänger mehr als 2005 an die Hochschulen kommen werden (Übergangsquote von 72%). Blickt man auf den gesamten Zeitraum von 2007 bis 2020, müsste NRW 1.600 Mio. Euro investieren, um die notwendigen zusätzlichen Kapazitäten zu schaffen.

Werden niedrigere Übergangsquoten angenommen, so verlagern sich die Probleme von den Ausbildungsplätzen an der Hochschule zu denen in der Wirtschaft. Eine Entwicklung, die für uns Eltern unerheblich ist, denn wir wollen, dass alle Jugendlichen den Studien- oder Ausbildungsplatz erhalten, der ihren Qualifikationen und Wünschen entspricht. Um einen Verdrängungswettbewerb zu vermeiden, müssen die Elternverbände aller Schulformen und aller Bundesländer gemeinsam mit den Lehrerverbänden und weiteren bildungspolitischen Organisationen agieren.

Vorgehen der Eltern

Bereits bei der Einführung der Schulzeitverkürzung im Jahr 2005 unter der alten Landesregierung hat die Landeselternschaft nachdrücklich auf die Probleme für den Ausbildungsmarkt und die Hochschulen hingewiesen, die mit dem doppelten Abiturjahrgang verbunden sind. Als im September 2006 bei dem Verbändegespräch mit der Ministerin von der Landeselternschaft nochmals die dringenden Sorgen der Eltern um eine qualifizierte Ausbildung der Schüler unter Erwähnung der Unterschriftenaktion aus Brühl vorgetragen wurden, sicherte die Ministerien die Einrichtung eines Beirates zu.

Seither hat der Vorstand in zahlreichen Gesprächen mit dem Schul- und Wissenschaftsministerium sowie den im Landtag vertretenden Parteien immer wieder auch auf die Unterschriftenaktion des Gymnasiums St. Ursula in Brühl aufmerksam gemacht und diese zur Untermauerung herangezogen, um auf die mit dem doppelten Abiturjahrgang verbundenen Probleme hinzuweisen. Inzwischen hat diese Aktion nach eigenen Angaben über 30.000 Unterschriften gesammelt. Weitere Gymnasien sandten uns zu diesem wichtigen Thema Anträge, Resolutionen und Unterschriften zu, für die wir uns herzlich bedanken. Wir werden sie am 9. Mai 2007 an die Ministerin weiterreichen. Wir danken den Initiatoren und allen beteiligten Eltern für diesen Kraftakt, insbesondere dem Gymnasium St. Ursula in Brühl, dem Aggertal-Gymnasium in Engelskirchen und dem evangelischen Gymnasium Meinerzhagen.

Was wurde bis jetzt unternommen?

Bund und Länder haben sich Ende des letzten Jahres auf einen Hochschulpakt verständigt, der zurzeit in den Verwaltungen ausgearbeitet wird und im Juni 2007 endgültig verabschiedet werden soll. Er sieht die Finanzierung von 90.000 zusätzlichen Studienplätzen bis 2010 vor. Die Hälfte, 565 Mio. Euro, wird der Bund übernehmen. NRW hat für seinen Anteil die Finanzierung bereits zugesagt.

Das Schulministerium hat in seiner letzten Presseerklärung vom 4. 4. 2007 nochmals versichert, die Sorgen der Schüler und Eltern ernst zu nehmen und hat eine interministerielle Arbeitsgruppe aus Vertretern des Schul-, Wissenschafts- und Arbeitsministeriums sowie der KMK gebildet. Für den 24. April 2007 war die Landeselternschaft zu einer Veranstaltung zu diesem Thema im Wissenschaftsministerium gemeinsam mit Vertretern vom Schul- und Arbeitsministerium eingeladen. Nur eine Kooperation aller Beteiligten scheint uns bei diesem Problem erfolgversprechend. Leider wurde dieses Gespräch auf den 21. Mai 2007 verschoben.

Die bis jetzt beschlossenen Maßnahmen decken keinesfalls den Bedarf. Der Hochschulpakt 2020 stellt nur die Finanzierung der Studienplätze bis 2010 sicher. Die Spitze des Abiturientenberges wird jedoch erst 2013/2014 erreicht. Die Anschlussfinanzierung ist noch völlig offen.

Drei weitere Lösungswege stehen im Raum: Deutschlandweite Mobilität - go east, Flexibilität des Hochschulsystems - go flexible und Studieren weltweit - go abroad. Doch diese Wege sind für die meisten Eltern nicht finanzierbar.

Basierend auf den Resolutionen zahlreicher Mitgliedsgymnasien sieht die Landeselternschaft die dringende Notwendigkeit, im Interesse unserer Kinder von allen verantwortlichen Bundes- und Landesministerien bereits jetzt Lösungen einzufordern, die sicherstellen, dass die Qualität von Studium und Ausbildung für den doppelten Abiturjahrgang gewährleistet sein wird. Die Auseinandersetzung mit diesem Thema muss auf unterschiedlichen Ebenen stattfinden. Die bundespolitischen Rahmenbedingungen sind ebenso relevant wie die konkrete Landespolitik und die Entwicklungsstrategien von Hochschulen, Wirtschaft, Arbeitgeberverbänden, IHK und Handwerkskammern. Darüber hinaus sind internationale Entwicklungen zu berücksichtigen: hinsichtlich der Studierendenzahlen, der Mobilität und bildungspolitischer Szenarien.

Unsere Forderungen an die Landesregierung

Wir fordern daher im Einzelnen:

- 1. Die Bereitstellung einer soliden Datenbasis, die es ermöglicht, die Strategien auf spezifische Nachfragesituationen auszurichten.**
- 2. Die Ausweitung der Kapazitäten von Studien- und Ausbildungsplätzen entsprechend dem Bedarf - auch unter Einbeziehung neuer Modelle der Wissensvermittlung.**
- 3. Die Fortschreibung des Hochschulpaktes bis 2020 und nicht nur die Sicherstellung der Anschlussfinanzierung der Studienplätze für die Studenten, die bis einschl. 2010 mit ihrem Studium begonnen haben.**
- 4. Den Ausgleich der finanziellen Aufwendungen der Eltern für ein auswärtiges Studium durch Berücksichtigung beim BAföG, bei den Studiengebühren und durch Steuererleichterungen.**
- 5. Eine Konzertierte Aktion aller beteiligten Gruppen aus Politik und Gesellschaft, wie Hochschulen, Kultusministerkonferenz, Arbeitgeber, Industrie, Handels- und Handwerkskammern und Industrieverbände sowie Elternverbände.**
- 6. Die Einrichtung eines Beirates, in dem die Interessen aller Beteiligten unmittelbar Berücksichtigung finden und der bereits in die Vorbereitung der Maßnahmen eingebunden ist.**
- 7. Die kontinuierliche Information durch die ministerielle Administration.**